

2021 – Ein Jahr der Pleiten?

Der Wetzlarer Steuerberater Hartmut Rupprich sieht täglich, wie der Corona-Lockdown Existenzen zerstört

WETZLAR/DILLENBURG. Das Jahr 2021 könnte das Jahr der Pleiten werden, sagt Hartmut Rupprich. Er ist Partner in einer Wetzlarer Steuerberaterkanzlei. Dort bekommt er täglich mit, wie Unternehmer ums Überleben kämpfen.

INTERVIEW

Herr Rupprich, viele Unternehmer benötigen gerade Ihre Unterstützung beim Antrag auf Corona-Hilfen. Wie viele Überstunden sind in Ihrem Büro im Jahr 2020 angefallen?

Jeder Mitarbeiter hat bestimmt ein bis eineinhalb Wochen Überstunden, zwischen 20 bis 50 Stunden. Und das, obwohl wir zwischen den Jahren unser Büro bewusst geschlossen hatten.

Sie betreuen rund 800 Unternehmen aus verschiedenen Branchen. Wie viele davon sind gerade insolvenzgefährdet?

Etwa fünf Prozent unserer Unternehmen sind derzeit akut von Zahlungsunfähigkeit bedroht. Das heißt aber nicht automatisch, dass es besser würde, wenn der Lockdown morgen beendet wäre.

Wie meinen Sie das?

Nehmen Sie zum Beispiel Einzelhändler im Mode-Bereich: Sie konnten die Ware der Winterkollektion nicht absetzen. Gleichzeitig müssen sie schon die im vergangenen Jahr bestellte Sommerkollektion bezahlen, die jetzt geliefert wird. Sie können mit ihrem Lieferanten vielleicht noch über Zahlungsvereinbarungen reden. Mai, Juni – aber dann ist Feierabend. Dann ist die Zahlungsunfähigkeit da. Was ich damit sagen möchte: Die Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen kommt je nach Branche verspätet.

Welche Branchen sind aktuell besonders von wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen?

Neben dem Einzelhandel ist das vor allem die Gastronomie. Die meisten Gastronomen hatten das Glück, dass sie mit den umsatzabhängigen Hilfgeldern aus dem November und dem Dezember über die Feiertage gekommen sind. Aber im Januar mussten die Restaurants geschlossen bleiben. Jetzt haben wir Februar. Das bedeutet: kaum Umsatz, aber fixe Kosten. Besonders betroffen sind zum Beispiel



Kaum Umsatz, aber fixe Kosten: Die Gastronomie leidet besonders unter den Folgen des Lockdowns. „Viele werden einfach nicht überleben können“, sagt Steuerberater Hartmut Rupprich.

Fotos: Mika Beuster/Hartmut Rupprich

auch Friseure. Das ist ein Trauerspiel, glauben Sie mir. Die Reserven sind aufgebraucht. Wenn die Friseure nicht rasch Hilfe bekommen, wird die Bundesrepublik Deutschland bald nur noch aus Langhaarigen bestehen (lacht).

Aber dafür gibt es doch finanzielle Corona-Hilfen.

Die Unternehmer können – so ist die Aussicht der Bundesregierung – ab Mitte Februar Hilfsanträge stellen und frühestens im März mit Abschlagszahlungen rechnen. Wie bitteschön sollen die denn ihre Januar-Kosten zahlen? Versicherung, Telefon, Strom. Das ist vollkommen unrealistisch, was das Bundeswirtschaftsministerium den kleinen Unternehmen gerade zumutet. Das geht an der Wirklichkeit vorbei. Und es kommt ja noch schlimmer. Originalton unserer Bundesregierung: „Die Beihilfen dienen der Begleichung der Fixkosten. Für den Lebensunterhalt ist die Grundsicherung da.“ Das ist das, was man dem Unternehmer jetzt zumutet: Man verweist auf Hartz IV.

Was macht das mit den Menschen, die bei Ihnen sitzen?

Die sind verzweifelt. Die wissen weder ein noch aus. Sie können sich denken, dass zum Beispiel der Inhaber eines kleinen Ladengeschäfts keine massigen Reserven hat. Aber das Geschäft hatte doch bisher immer für den Lebensunterhalt ausgereicht. Er hat

doch nie schlecht gewirtschaftet, sondern kommt ohne eigene Schuld in die Krise.

Wie soll ich so einem Unternehmer klar machen, dass er zwar seine Ladenmiete bekommt und der fiktive Unternehmerlohn in Höhe der Pfändungsfreigrenze – 1160 Euro im Monat – nur der Bemessung der Verlustgrenze dient und er dann von seinen tatsächlichen fixen Betriebskosten nur eine gestaffelte Erstattung erhält? Das System mit den Hilfen ist nicht praktikabel. Es ist zu kompliziert und zu langsam.

Wie könnte das System vereinfacht werden?

Es müsste klare Regeln für die kleinen und mittleren Unternehmen geben. Damit jeder weiß, wer wann wie welche Hilfe bekommen kann. Und mein größter Kritikpunkt ist: Wenn ich als Steuerberater für meinen Mandanten einen Hilfsantrag stelle, dann sollte die Bundesregierung oder die bearbeitende Stelle diesem Antrag doch bitte Vertrauen

ZUR PERSON

▶ Hartmut Rupprich (62) ist Steuerberater und Partner in der Wetzlarer Kanzlei BBR Steuerberater. Dort betreuen 40 Mitarbeiter etwa 800 Unternehmen als Mandanten.

▶ Außerdem ist Rupprich Vizepräsident und Schatzmeister der Steuerberaterkammer Hessen.

schenken und das Geld an den Unternehmer sofort in voller Höhe auszahlen. Der Unternehmer muss sowieso bis zum Jahresende eine Schlussrechnung vorlegen und dann wird genau geprüft, ob vielleicht zu viel Geld ausbezahlt wurde. Das kann man am Jahresende prüfen – aber doch nicht jetzt.



Ich befürchte, dass wir nach der Pandemie eine andere Wirtschaft und eine andere Gesellschaft haben.

Hartmut Rupprich, Steuerberater

Die Bundesregierung möchte mit einem neuen Hilfspaket – der sogenannten Überbrückungshilfe III – vor allem Solo-Selbstständige besser unterstützen. Wird das gelingen?

Die Solo-Selbstständigen sollen eine so genannte „Neustarthilfe“ bekommen. Maximal 7500 Euro für sechs Monate. Also pro Monat 1250 Euro – höchstens. Den Maximalbetrag bekommt natürlich nicht jeder, so einfach ist das nicht. Auch hier gibt es gestaffelte Erstattungssätze. Man merkt: Wir sind im Wahlkampf. Was von der Regierung versprochen wird, entspricht nicht der Realität.

Seit einigen Monaten wird die gesetzliche Insolvenzantragspflicht ausgesetzt. Welchen Unternehmen kann das helfen?

Generell gilt die Insolvenzantragspflicht nur für Kapitalgesellschaften, juristische Personen. Also eine GmbH oder eine AG. Für Einzelunternehmer und Personengesellschaften nicht. Die werden einfach irgendwann schließen und von keiner Statistik erfasst. Da hilft auch eine ausgesetzte Insolvenzantragspflicht nicht.

Wird 2021 das Jahr der Pleiten?

Wenn Sie damit Geschäftsschließungen und Beendigung wirtschaftlicher Existenzen meinen, dann ja, befürchte ich.

Wie lange kann unser Mittelstand den aktuellen Lockdown noch wegstecken?

Das hängt natürlich auch davon ab, ob die Hilfgelder bald fließen. Aber im Moment ist jede Woche zu viel, vor allem für die kleinen Unternehmen und Solo-Selbstständigen. Natürlich hat die Volksgesundheit Vorrang, ganz klar!

Aber ich befürchte, dass wir nach der Pandemie eine andere Wirtschaft und eine andere Gesellschaft haben. Die Veranstaltungsbranche und die Reisebranche sind fast platt. Viele Läden in den Innenstädten werden schließen, die Einkaufskultur könnte sich komplett verändern. Viele werden einfach nicht überleben können. Ich denke, wenn es noch zwei Monate so weitergeht wie bisher, dann erleben wir dieses Worst-Case-Szenario.

Das Interview führte
Tobi Manges.